

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredaktion:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Döbhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2. November 1931.

Knecht, bleibe Knecht!

Int. Instituut
Soec. Geschiedenis
Amsterdam

Nationalsozialistische Parole: Es muss ein Oben und ein Unten geben.

SPD. Das Boxheimer Dokument hat volle Klarheit darüber geschaffen, mit welchen Methoden die Nationalsozialistische Partei die Macht über das deutsche Volk erringen und befestigen will. Erschiessen heisst ihr erstes und ihr letztes Wort. Aber welchen Zwecken soll die Errichtung dieser Gewaltherrschaft dienen? Darüber haben sich die Hakenkreuzler bisher in Schweigen gehüllt. Sie erklärten im allgemeinen lediglich, dass sie es "anders" machen würden. Den einzelnen Gläubigen blieb es überlassen, sich selbst ein Bild von den herrlichen Zuständen im "Dritten Reich" zu entwerfen. Vor kurzem aber hat ein Berufener den Schleier über die Absichten der Nationalsozialisten gelüftet. Am 7. November 1931 fand eine "Wirtschaftspolitische Sondertagung für führende Persönlichkeiten der Wirtschaft" in Düsseldorf statt. Dort hielt im Auftrage der Reichsleitung der Hitlerpartei der Hauptmann Dr. Otto Wagener eine Rede über "nationalsozialistische Produktionspolitik und Wirtschaftsorganisation". Nach dem jetzt vorliegenden Stenogramm soll es im nationalsozialistischen Zukunftsstaat folgendermassen aussehen:

Zuerst ist Herr Dr. Wagener dem Vorwurf entgegengetreten, als ob die Hakenkreuzler eigentumsfeindlich seien. Darauf erwidert er: "Wir eigentumsfeindlich? Wir denken gar nicht daran!" Gleich danach wird auch die Behauptung zurückgewiesen, dass die Nationalsozialisten Sozialisten und nicht besser als die Marxisten seien. "Unser Sozialismus kann von jedem einzelnen Wirtschaftler angenommen und bejaht werden!" ruft er den Industrie- und Bankkapitalisten zu, die zu seinen Zuhörern gehören. Und er ergänzt den nationalsozialistischen Begriff des Sozialismus durch die Behauptung, dass wir jetzt in einer Zwangswirtschaft des Parlamentarismus, "der Herrschaft der Masse und damit der Dummheit" leben. Im "Dritten Reich" wird das anders sein: "Die Masse kann nicht regieren, regieren kann nur ein Führer, eine verantwortliche Persönlichkeit."

Um aber ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen, dass der Begriff des Sozialismus im Firmenschild der Hakenkreuzler nicht ernst zu nehmen ist, betont Herr Dr. Wagener: "Diese Gedankengänge sind nicht etwa - diesen Einwand möchte ich von vornherein widerlegen - Sozialisierungsbestrebungen. Sozialisierung ist kollektivistische Verwaltung unter Ausschaltung des bisherigen Besitzes. Wir aber denken gar nicht daran, den bisherigen Besitzer auszuschalten... Unser Staat wird so hoch über der Wirtschaft stehen, dass er selbst niemals als Teilhaber in Frage kommt." Die Stellung des Kapitalisten ist also auch im "Dritten Reich" gesichert. Wie aber ist es mit der Stellung des Arbeiters? Auch darauf gibt Wagener eine offene Antwort. Die Nationalsozialisten wollen die Arbeitsdienstpflicht einführen, vor allem deshalb, "um unserer Jugend zunächst wieder einmal beizubringen, dass es noch ein Oben und ein Unten gibt."

Wer Knecht ist, soll also ewig Knecht bleiben. Der Arbeiter hat keine Möglichkeit des sozialen Aufstiegs. Er hat aber nicht einmal die Möglichkeit, an

der Verbesserung seiner Lebenshaltung mitzuarbeiten. "Wir Nationalsozialisten sind keineswegs Anhänger des heutigen Tarifsystems", sagte der Beauftragte der Reichsleitung der NSDAP. Unter dem Hakenkreuz soll lediglich die unterste Grenze des Lohnes festgelegt werden, und wenn man sich daran erinnert, dass noch vor wenigen Wochen ein anderer "Reichsbeauftragter" in einer sächsischen Versammlung den Unternehmern erklärt hat, dass eine nationalsozialistische Regierung die Lebenshaltung der Bevölkerung noch weit mehr herabdrücken würde, als es bisher schon der Fall ist, so kann man sich ungefähr eine Vorstellung davon machen, wie das Existenzminimum aussehen wird, nach dem die unterste Lohngrenze im "Dritten Reich" festgesetzt werden soll. Was aber darüber hinaus geht: Zuschläge für Facharbeiter, Akkordsätze, Urlaubsbestimmungen und so fort darauf haben die Arbeiter nicht den geringsten Einfluss. Ausdrücklich betonte Herr Dr. Wagener in seiner Düsseldorfer Rede: "Alles andere soll aber im Betriebe vereinbart werden. Künftig werden die Betriebsräte mit dem Unternehmer beraten. Entscheiden muss natürlich stets der Unternehmer."

Die Nationalsozialisten sind auch "grundsätzliche Gegner des heutigen Systems der Sozialversicherung", weil es "geradezu zur Ausnutzung der Versicherung anreizt". Das Krankenkassenwesen sei zu einem Krankenkassenunwesen geworden, die Arbeitslosenversicherung müsse wesentlich verschlechtert, die Unfallversicherung eingeschränkt werden. Wie es überhaupt der Sozialgesetzgebung im "Dritten Reich" ergehen soll, das erfahren wir bei den Betrachtungen über die künftige Gestaltung des Staatshaushalts. Wagener berechnet das Gesamtbudget mit 25 Milliarden, während es in Wirklichkeit, Reich, Länder und Gemeinden zusammengerechnet, etwa 20 Milliarden beträgt. Daran wollen die Nationalsozialisten "erhebliche Abstriche, mindestens 8 bis 10 Milliarden", vornehmen. Sieht man von den Ausgaben für Reichswehr und Marine ab, die die Hakenkreuzler noch beträchtlich erhöhen wollen, so liessen sich Abstriche in solchem Ausmass nur dann vornehmen, wenn man die ganze Sozialversicherung, die Versorgung der Kriegsoffer und die soziale Fürsorge aus dem Haushalt beseitigt. Das ist auch das Ziel der Nationalsozialisten, denn unter den Tausenden von Ämtern, in denen sie "aufräumen" wollen, nennt Wagener an erster Stelle die Arbeitsämter und die Wohnungsämter.

Zurück zum feudalistischen Ständestaat! Im "Dritten Reich" wird es keine Gewerkschaften mehr geben, keinen Tarifvertrag, keine Sozialversicherung. Das Kapital macht die Gesetze, die S.A. sorgen für ihre Durchführung, wer nicht damit einverstanden ist, der wird nach Boxheimer Rezept niedergeknallt oder am nächsten Baum aufgehängt. Der Kapitalist wird nicht nur "Herr im Hause", er wird auch Herr über den Staat sein. Wagener erklärt mit Nachdruck, "das auch dann wieder nur die über das Budget beschliessen, die es wirklich zahlen. Heute ist es ja umgekehrt." So haben es die ostelbischen Junker und die westdeutschen Schwerindustriellen vor dem Kriege auch gesagt, als sie das elende Dreiklassenwahlrecht und das mittelalterliche Herrenhaus verteidigten. Ihren Grundsatz haben sich jetzt die Hakenkreuzler zu eigen gemacht: Nur das gefüllte Portemonnaie darf im Staat bestimmen, die Arbeiter aber haben zu kuschen!

Das ist das Wirtschaftsprogramm der Nazis. Man versteht nun, warum das Grosskapital und der Grossgrundbesitz es sich ein gehöriges Stück Geld kosten lassen, damit die Hakenkreuzler zur Macht kommen.

SPD. Frankfurt/M., 2. Dezember (Eig. Dr.)

Die Bank für Handel und Grundbesitz in Frankfurt am Main, eine Gründung des Frankfurter Haus- und Grundbesitzervereins, hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Bank strebt einen gerichtlichen Vergleich an. In den Verwaltungskreisen der Bank hofft man, die Einleger bei einer ruhigen Abwicklung voll befriedigen zu können.

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat am 1. Dezember 1931 folgenden Erllass an sämtliche Ober- und Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin gerichtet :

"Nach Pressemeldungen hat der dritte Strafsenat des Reichsgerichts in einem Urteil vom 30. November 1931 die auf Grund meines Erlasses vom 31.3.1931 ergangene Anordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, betreffend das Verbot des Tragens der Parteiuniformen der NSDAP, für ungültig erklärt. Ich ersuche, ungeachtet dieses Urteils, das offenbar im Widerspruch zu den Beschlüssen des vierten Strafsenats des Reichsgerichts vom 7.8.31 und vom 29.9.31 steht, das Tragen nationalsozialistischer Uniformen entsprechend den auf Grund des oben erwähnten Erlasses ergangenen Anordnungen der Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten in Berlin nach wie vor polizeilich zu verhindern."

SPD. Stuttgart, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Stuttgarter Nazis scheuen neuerdings auch nicht davor zurück, sich der Kirchen beider Konfessionen als Agitationslokale zu bedienen. Die sozialdemokratische "Schwäbische Tagwacht" berichtet darüber:

"Am Sonnabend war in der Leonhardskirche eine Sturmhochzeit der SS und SA. Die Brautleute, der glückliche Bräutigam im Braunhemd, kamen mit 80 PS per Mercedes an. Mit "Heil Hitler!" ging es hinein ins Gotteshaus. Vor dem Eingang in den Kirchenvorraum am Leonhardsplatz stand ein Naziposten, der die Vorübergehenden argwöhnisch musterte. Ein anderes Braunhemd schob zum Erstaunen der Herumstehenden sein Motorrad in einen Seiteneingang der Kirche und verschwand, ein Zeichen, wie sehr sich die Nazis in der Leonhardskirche schon zu Hause fühlen. Nach der Trauung, die neben dem kirchlichen Segen auch noch mit dem Faschistengruss und Hitlerruf bekräftigt wurde, folgte eine photographische Grossaufnahme der Sturmhochzeit unter dem Kirchenportal. Anschliessend kam es dann noch vor der Kirchentüre zwischen dem Nazigefolge und dem Publikum zu Reibereien. Da zunächst nur ein halbes Dutzend Polizeibeamte eingesetzt war, mussten zur harmonischen Abwicklung der Nazihochzeit noch weitere fünf Mann von der württembergischen Polizeimacht eingreifen. Unter diesen erhebenden Begleitumständen, die von dem versammelten Publikum noch entsprechend kommentiert wurden, verzog sich dann das familiäre Ereignis der Nazistürme allmählich aus der Umgebung der Leonhardskirche.

Am Sonntag morgen waren besonders im westlichen Stadtteil die Nazis in "religiöser" Beziehung wieder sehr aktiv. Etwa 40 Mann waren laut Sturmbefehl zum fortlaufenden Besuch der Kirchen im westlichen Stadtteil abkommandiert worden. Um 8 Uhr erschienen sie unvermutet vor der katholischen Elisabethenkirche auf dem Bismarckplatz und nahmen dann auch am Gottesdienst teil, obwohl uniformierten Nazis der Eintritt in katholische Kirchen verwehrt ist. Weil eine erheblichen Störung des Gottesdienstes verbunden gewesen wäre, liess man die Eindringlinge bis zum Schluss des Gottesdienstes in der Kirche sitzen, obwohl der unwürdige Auftritt der Nazis allseitig peinliches Befremden hervorgerufen hatte. Mit der Morgenandacht in der katholischen Kirche war aber das religiöse Tagewerk des uniformierten Sturmtrupps noch lange nicht erschöpft. Jetzt zogen die Hakenkreuzler gemeinsam vor die evangelische Pauluskirche in der Paulusstrasse, wo sie ebenfalls am Gottesdienst, der gerade begann, teilnehmen wollten. Der dort amtierende Pfarrer verwehrt aber den Nazis den Zutritt in die Kirche, und zwar mit der Begründung, ihr Kirchenbesuch sei nicht angemeldet und ausserdem handle es sich (bei dem Trupp der kommandierten Kirchgänger) um eine politische Formation."

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags ist für Freitag, den 4.d.M., nachmittags 5 Uhr, einberufen worden. Er wird sich mit dem Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Reichstags beschäftigen.

SPD. Dresden, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der seit einigen Jahren andauernde Konkurs der Stadt Glashütte in Sachsen ist nunmehr beendet worden. Das Amtsgericht in Lauenstein hat die vor kurzem geschlossenen Vergleiche bestätigt. Die Schulden der Stadt werden in 25 Jahren durch eine Ablösungsanleihe abgedeckt werden. Die Landeshauptkasse der sächsischen Regierung wird die Abwicklung als Treuhänder überwachen.

SPD. Der Kriegsbeschädigten-Ausschuss des Reichstags beendete am Mittwoch die Aussprache über die durch die letzten Notverordnungen geschaffene Rechtslage der Kriegsbeschädigten. Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen waren an diesen Beratungen nicht beteiligt. Das Ergebnis der Aussprache war die Annahme einer Entschiessung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, die folgendes besagt:

"Die Notverordnung der Reichsregierung hat vom sozialpolitischen Standpunkt aus schwer vertretbare Veränderungen des Rechtszustandes auf dem Gebiete der Versorgung der Kriegsoffer gebracht. Obwohl der gegenwärtige Zustand der Reichsfinanzen in Verbindung mit der Wirtschaftslage es zurzeit ausschliesst die schweren Eingriffe in das Rechtsgebiet der Reichsversorgung mit sofortiger Wirkung rückgängig zu machen, ist es Pflicht, der Reichsregierung gegenüber auszusprechen, dass eine allmähliche Rückbildung der Versorgung auf den alten Rechtszustand unerlässlich erscheint und gleichzeitig mit einer etwa eintretenden Verbesserung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Angriff genommen werden muss. Der Reichstag verweist hierbei auf die wiederholt ausgesprochene Forderung, diesem Ziele die Ersparungen dienstbar zu machen, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten im Reichshaushalt ergeben. Als besonders vordringlich werden die folgenden Massnahmen betrachtet:

1. Wiederaufhebung der Sperrvorschriften des § 36 Abs. 3 oder wenigstens doch eine Milderung dahin, dass Witwen von Pflegezulageempfängern, die an ihren Dienstbeschädigtenleiden verstorben sind, anstelle der Witwenbeihilfe Witwenrente erhalten können.

2. Wiederaufhebung oder Milderung der durch die zweite Notverordnung vom 5. Juni im § 51 des Reichsversorgungsgesetzes angeordneten Renten Kürzungen mit dem Ziele, die Rente der Leichtbeschädigten den Schwerbeschädigten gegenüber angemessen zu staffeln,

3. Abänderung des § 62 des Reichsversorgungsgesetzes zugunsten der Arbeiter und Angestellten der öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Betriebe,

4. Milderung der Zusatzrentenversorgung für erwerbsfähige Witwen unter 45 Jahren sowie für Witwen zwischen 45 und 50 Jahren und Leichtbeschädigte, die infolge anderer nicht auf Dienstbeschädigung zurückzuführender Leiden arbeitsunfähig sind,

5. Aufstellung eines Abwicklungsprogramms für die Gewährung von Kapitalabfindung in dringenden Fällen, in denen bisher schon zusagende Bescheide oder solche, die Kapitalabfindung bei Besserung der Finanzlage in Aussicht stellten, erteilt worden waren,

6. Beseitigung der Anrechnung der Kriegsbeschädigtenrente auf die Arbeitslosenunterstützung oder doch wenigstens Heraufsetzung des anrechnungsfreien Betrages über 25 M hinaus,

7. Nachprüfung der Bestimmungen über die Gewährung von Erziehungsbeihil-

fen, wobei insbesondere für eine gewisse Uebergangszeit die Beendigung begonnener Ausbildung für Kriegerwaisen sicherzustellen wäre.

8. Erleichterungen bei der Gewährung der Zusatzrente eilig durchzuführen, insbesondere für Leichtbeschädigte und kinderlose Witwen, soweit ein Bedürfnis nachgewiesen wird.

Bis zur Wiederaufhebung der harten Bestimmungen, die durch die Notverordnungen und die daraus entstandenen Durchführungsbestimmungen ergangen sind, wolle die Reichsregierung durch Bereitstellung ausreichender Mittel dafür sorgen, dass die grössten Härten wenigstens auf dem Wege der Unterstützung gemildert werden können."

SPD. Kiel, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die ehemaligen Bombenleger müssen auf die KPD eine seltsame Anziehungskraft ausüben. Einer von ihnen, der frühere Hofbesitzer und Stahlhelmführer Reimers befindet sich auf Grund einer Einladung der Kommunisten zur Zeit auf einer Studienreise durch Russland. Den anderen hat, wie die zu Zuchthausstrafen verurteilten Landvolkführer Vick und Luhmann in einer Versammlung erklärt, die KPD versprochen, alle ihre Schulden zu bezahlen, wenn sie für die Kommunisten Propaganda machen wollten. Aber sie hätten das Angebot abgelehnt, sagten Vick und Luhmann.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags führte am Mittwoch die erste Lesung des Pensionskürzungsgesetzes zu Ende. Die wichtigste Änderung, die beschlossen wurde, besteht in der Annahme eines sozialdemokratischen Antrags, wonach Pensionen mit mehr als 12 000 Mark nicht mehr bezahlt werden sollen. Für diesen Antrag stimmten neben den Antragstellern das Zentrum und die Kommunisten.

Als Vertreter der Deutschnationalen Fraktion war zu Beginn der Sitzung Abg. Gottheiner anwesend, er entzog sich aber der Teilnahme an der Abstimmung, indem er den Saal alsbald wieder verliess. Die Wirtschaftspartei stimmte ebenso wie die Deutsche Volkspartei gegen den Antrag. Von der Deutschen Volkspartei lag ein Antrag vor, wonach die Grosspensionäre noch schonender behandelt werden sollten wie nach der Regierungsvorlage, die bei Pensionen über 12 000 Mark eine nach der Dauer der Ausübung des Amtes sich richtende Staffelung einführen wollte. Der volksparteiliche Antrag und die Regierungsvorlage galten mit der Annahme des sozialdemokratischen Antrags als erledigt. Die Grenze von 12 000 Mark hat, da es künftig im Reich Ministerpensionen nicht mehr gibt, für die Zukunft nur noch praktische Bedeutung für die Staatssekretäre, Ministerialdirektoren und Generale.

Der Abstimmung ging eine längere Debatte von politischer Bedeutung voraus. Vom Abg. Ersing (Ztr) wurde zwecks Erreichung der notwendigen Zweidrittelmehrheit empfohlen, eine mittlere Linie zu suchen. Eine solche erblickte er in einer Befristung des Gesetzes auf einige Jahre. Nach Ablauf dieser Frist wäre vielleicht eine Dauerregelung leichter zu finden. Morath (Vp) wäre einer solchen Lösung nicht abgeneigt, wenn die "Verschlechterungen" des Pensionsrechts vermieden werden, die er in der Anrechnung von Privateinkommen auf grössere Pensionen erblickt.

Abg. Rossmann (Soz) suchte Herrn Morath klar zu machen, dass es in den Augen der hungernden Massen und der Steuerzahler keine Verschlechterung ist, wenn einem reichen Pensionär das Privateinkommen zum Teil auf die Pension angerechnet wird. Es sei auch keine Verschlechterung, wenn bei Verwendung eines Pensionärs in einem mit öffentlichen Mitteln betriebenen Unternehmen für das Arbeits- und Pensionseinkommen zusammen eine Höchstgrenze festgesetzt

werde. Das habe bei Wiederverwendung im öffentlichen Dienst schon seither gegolten. Man könne aber eventuell bei abgebauten niederen Beamten eine Milderungsbestimmung treffen. Abg. Morath (D.Vp.) gab sofort zu verstehen, dass es ihm nicht um die niederen Beamten zu tun sei, sondern dass er auch bei Verwendung von Grosspensionären in privaten wie in öffentlichen Betrieben unbegrenzte Doppelbezüge gewährt wissen will.

Zu dem Vorschlag Ersings erklärte Rossmann (Soz), dass ein sachlicher Grund für eine Befristung des Gesetzes nicht bestehe. In der Bevölkerung werde man kein Verständnis dafür haben. Bei der Kürzung der sozialen Leistungen, der Arbeitslosenunterstützung und der Kriegsbeschädigtenbezüge sei von Befristung keine Rede gewesen.

Schliesslich wurde ein volksparteilicher Antrag, der die schwächlichen Bestimmungen der Notverordnung über die Pensionskürzung wieder rückwärts revidieren und das Inkrafttreten des Gesetzes erst sechs Monate nach Ablauf des Verkündungsmonats in Kraft treten lassen wollte, abgelehnt und beschlossen, dass das Gesetz mit dem Ersten des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft treten soll. Erwähnenswert ist noch die Annahme einer Bestimmung, wonach bei Berechnung der Dienstzeit auch die Zeit in Anrechnung kommt, während welcher ein Beamter im einstweiligen Ruhestand verwendet worden ist.

Für die zweite Lesung wurden von den verschiedensten Parteien bedeutsame Vorbehalte gemacht. Die zweite Lesung wird vor Weihnachten nicht mehr stattfinden.

SPD. Kiel, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Neukirchen ... Dittmarschen hatte ein Schmiedemeister einen Nazibauern wegen einer Schuld verklagt und ein Pfändungsurteil erreicht. Zum Pfändungstermin war der mehr als 70 Jahre alte Schmiedemeister selbst erschienen. Kaum aber hatte er die Hofstelle des Nazibauern betreten, als dieser über ihn herfiel und ihn brutal niederschlug. Der Schwerverletzte musste von Freunden in seine Wohnung geschafft werden. Die Pfändung wurde nachher von den Nazis verhindert.

SPD. Obwohl uns nur noch drei Tage von dem Termin trennen, an dem die neue Notverordnung fertiggestellt sein soll, besteht über ihren Inhalt selbst innerhalb der Reichsregierung noch keine konkrete Vorstellung. Dass diese Notverordnung auch nicht im entferntesten Ähnlichkeit mit einem Wirtschafts"programm" hat, dass man jede andere Idee als die einer weiteren Einschrumpfung der Wirtschaft vergeblich in ihr suchen wird, ist als absolut sicher anzunehmen.

In einem Teil der Presse wird neuerdings behauptet, dass die Regierung ihre ursprüngliche Absicht, die Massnahmen zur Preissenkung und zur Lohn- und Gehaltskürzung gleichzeitig in Kraft zu setzen, aufgegeben habe. Man wolle zuerst die Preise senken, das Ergebnis dieser behördlichen Aktion abwarten und dann die Lohn- und Gehaltskürzung vornehmen. Diese Behauptung ist offenbar falsch. Nach wie vor beharrt die Regierung auf der Absicht, Löhne und Preise als eine unteilbare Einheit anzusehen und die Massnahmen zu ihrer Senkung gleichzeitig anzuordnen. Strittig ist nur die Frage, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln die Lohnsenkung für die private Wirtschaft durchgeführt werden soll. Allem Anschein nach will man durch die Notverordnung die "Auflockerung" der Tarifverträge vornehmen, dann aber die tatsächliche Durchführung einer weiteren allgemeinen Senkung der Löhne und einer elastischeren Gestaltung des gesamten Tarifwesens durch behördliche Anordnung an die Schlichter erzwingen. Welchen Weg die Regierung wirklich geht, ist nicht entscheidend. Entscheidend ist ihre Absicht, eine weitere Lohnsenkung vorzunehmen, noch bevor feststeht, ob eine Preissenkung gelingt, geschweige denn, bevor diese Preissenkung ein-

getreten ist.

Bei der Preissenkung steht eines fest - ob die Regierung allerdings auf diese Idee stolz sein kann, ist eine andere Frage - sie wird beginnen mit der Einsetzung einer neuen Behörde, einem Reichskommissar für die Preissenkung. Man nennt auch bereits den Mann dafür. Es ist der Grossagrарier und ehemalige Kriegsernährungsminister Batocki, ein alter Mann, der schon in der Kriegszeit seiner Aufgabe nur schlecht und recht nachzukommen vermochte und von dem man nicht weiss, auf Grund welcher besonderen Eigenschaften er zur Lösung dieser neuen Aufgabe herangezogen wird.

Jede fühlbare Entlastung der Kosten der Lebenshaltung ist von einer Senkung der Mieten und der Gebühren für Gas, Wasser und Elektrizität sowie der öffentlichen Tarife abhängig. Eine allgemeine Senkung der Mieten ist nicht beabsichtigt. Eine Mietsenkung nur um 10 Prozent entspricht einem Betrage von mindestens 400 000 000 Mark, deren Aufbringung man den Hausbesitzern nicht zumuten will und die die öffentlichen Finanzen nicht entbehren können. So denkt man lediglich an eine Senkung der Neubaumieten. Länder und Gemeinden sollen auf die Verzinsung und Tilgung der Hauszinssteuerhypotheken verzichten. 150 Millionen sollen aus der Hauszinssteuer bereitgestellt werden. Davon sollen 100 Millionen als Zinszuschüsse für die Senkung besonders hoher Neubaumieten verwendet werden und 50 Millionen als Mietzuschüsse für arbeitslose Mieter in Neubauwohnungen. Ueber die Deckung der dadurch entstehenden Fehlbeträge in Ländern und Gemeinden hüllt man sich in Schweigen.

Die angekündigte Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1,7 oder 2 Prozent wird von den Unternehmern stark angefochten. Die westdeutsche Industrie hat sich in einem geharnischten Protest gegen alle Steuererhöhungen ausgesprochen, insbesondere gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer, weil sie die Preissenkung gefährdet. Man verlangt aber die Erhebung einer besonderen Umsatzsteuer von der Einfuhr, also eine neue Belastung der Einfuhr durch einen zusätzlichen Zoll, der durch Drosselung der Einfuhr und durch Erhöhung der Belastung ebenfalls Preissteigerungen im Inland hervorrufen muss.

Die bereits angekündigte neue Besprechung der Führer der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Reichskanzler Dr. Brüning ist auf Donnerstag festgesetzt worden. In dieser Besprechung werden die beiden wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie: Verzicht auf weitere Lohn- und Gehaltssenkung und die aktive Abwehr des Staates gegen die faschistischen Gefahren den Hauptgegenstand bilden.

SPD. Paris, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Redaktionsausschuss des Völkerbundsrats hat sich am Mittwoch-Vormittag mit der Zusammensetzung der nach China zu entsendenden Kommission beschäftigt. Die Meldung, dass der Rat bereits die Mitgliederzahl auf fünf und die Namen der fünf Mächte festgesetzt habe, entspricht nicht den Tatsachen. China wünscht zwar, dass die Kommission aus fünf Mitgliedern bestehe, Japan hält jedoch an der ursprünglich vorgesehenen Zahl drei fest.

Ein neues Moment ist dadurch in die Debatte geworfen worden, dass Italien darauf besteht, in der Kommission vertreten zu sein und dass andere Ratsmächte auch die Beteiligung einer kleineren neutralen Macht wünschen. Von diesen Mächten bewerben sich u.a. Holland und Belgien um einen Sitz. Die Kandidatur Hollands ist aber auf Widerstand gestossen, da es wegen seiner Interessen im Pazifik nicht als neutrale Macht angesehen wird. Der Wunsch Italiens, der Kommission anzugehören, hat zugleich die Frage der Beteiligung Deutschlands aufgeworfen, da sonst Deutschland die einzige Grossmacht wäre, die nicht in der Kommission vertreten ist. Man hat den Eindruck, dass Deutschland unter diesen Umständen selbst auf seine Zugehörigkeit zur Kommission Wert legt. Um dem Streit

über die Zusammensetzung der Kommission ein Ende zu machen, soll versucht werden, die chinesische und japanische Delegation zu veranlassen, sich untereinander über diese Frage zu einigen.

Ferner befasste sich der Ausschuss mit der Schaffung einer neutralen Zone im Tschintschau und der Forderung Japans auf Polizeirechte gegen die Banditen in der Mandschurei, gegen die sich allgemeiner Widerstand bemerkbar machte. Man will versuchen, dieses Polizeirecht dadurch einzuschränken, dass einigen neutralen Beobachtern der Auftrag erteilt wird, den beiden Parteien Ratschläge zu erteilen, falls die Umstände es erfordern.

Am Nachmittag tagte der Rat ohne die Vertreter Chinas und Japans und beschäftigte sich besonders mit der Schaffung einer neutralen Zone um Tschintschau, die zurzeit das Haupthindernis für eine Einigung bildet. Die französische Delegation hat dazu dem Völkerbundsrat eine Mitteilung überreicht, die besagt, dass aufgrund von Nachrichten französischer Beobachter in der Gegend von Tschintschau die Pressemeldungen von einem Stellungswechsel und einer Verstärkung der chinesischen Truppen unbegründet sind.

Ein weiteres Schreiben der französischen Delegation teilt mit, dass das japanische Truppenkommando beschlossen habe, alle Streitkräfte in die Eisenbahnzone zurückzuschaffen mit Ausnahme von zwei Bataillonen in der Gegend von Tsitsikar und je einem Bataillon in Kirin, Tschangschun und am Liao-Fluss.

SPD. Am Mittwoch-Mittag erlitt der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht der sich auf einer Fahrt von Berlin nach Rostock befand, am Ausgang des Dorfes Klink bei Waren (Mecklenburg) einen Autounfall. Der Wagen überschlug sich infolge Glatteis. Schacht erlitt zwei Rippenbrüche und Hautabschürfungen an Händen und Füßen. Ausserdem trug er einen Nervenschock davon. Er wurde ins Krankenhaus Waren überführt.

SPD. Braunschweig, 2. Dezember (Eig. Draht)

Der Herausgeber eines nationalistischen Revolverblattes in Helmstedt hatte kürzlich behauptet, dass ihm vom Präsidenten der Braunschweigischen Staatsbank ein billiger Kredit in Höhe von 5 000 Mark angeboten worden sei. Als Gegenleistung sei die Unterlassung von Angriffen auf die Staatsbank verlangt worden. Später sei der Kredit in einen Inseratenauftrag bis 1937 umgewandelt worden, worauf 1200 Mark gleich ausbezahlt worden seien. Der Helmstedter Zeitungsherausgeber brüstete sich damit, das Geld tatsächlich empfangen, es aber wohl-tätigen Zwecken zugeführt zu haben, um so "Beweise gegen die Staatsbank zu bekommen".

In einer Erklärung gibt die Staatsbank diese aufsehenerregenden Behauptungen im wesentlichen zu. Sie bestreitet zwar, "Schweigegelder angeboten zu haben", aber es wird nicht in Abrede gestellt, dass mit dem Skandalblatt wegen verschiedener Angriffe ein Inseratenabkommen abgeschlossen wurde. Dies sei auf Anraten der Geschäftswelt geschehen, um die "Beunruhigung im Geschäftsfrieden zu vermeiden". 1200 Mark seien von der Staatsbank als Vorschuss gezahlt worden. Der Empfänger hätte sich schriftlich verpflichtet, keine weiteren Hetzartikel zu bringen. Nunmehr sei die Staatsanwaltschaft mit der Verfolgung der Angelegenheit betraut worden.

Es ist mehr als ungewöhnlich, dass eine Staatsbank sich zu derartigen Subventionen gegenüber einem Revolverblatt versteht.

SPD. Amsterdam, 2. Dezember (Eig. Draht)

Die zweite Kammer lehnte am Mittwoch einen sozialdemokratischen Antrag auf völlige Einstellung des Flottenneubaus mit 54 gegen 27 Stimmen ab. Die gleiche Mehrheit verwarf einen weiteren sozialdemokratischen Antrag, im folgenden Jahre keine Manöver abzuhalten, sowie einen freisinnigen Antrag auf Einstellung der Ueberweisungen von Geldern auf den Rüstungsfonds. Der Haushalt des Verteidigungsministeriums wurde mit 55 gegen 27 sozialdemokratische, freisinnige und kommunistische Stimmen angenommen.

SPD. Paris, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der auswärtige Ausschuss der Kammer hat am Mittwoch-Nachmittag an Stelle Paul Boncours den bisherigen Vizepräsidenten de Castellane (Linksrepublikaner) mit 18 von 35 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Von den 17 übrigen Stimmen entfielen u.a. zwei auf Franklin-Bouillon.

SPD. Am Donnerstag findet in Berlin eine Konferenz der Finanzminister der Länder statt. Die Aussprache gilt vor allem dem finanzpolitischen Teil der neuen Notverordnung.

SPD. Madrid, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Nationalversammlung beschloss, das Stimmrecht für Frauen ebenfalls in der Verfassung festzulegen.

Die Wahl Alcalá Zamoras zum Staatspräsidenten wird voraussichtlich am 8. Dezember erfolgen.

SPD. Weimar, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Thüringische Landtag behandelte am Mittwoch in zweiter Lesung die von der thüringer Regierung erlassene Notverordnung. Verbunden damit war die Beratung eines Missbilligungsantrags der Nationalsozialisten gegen das Gesamtkabinett, weil es einen Beschluss des Landtags vom 27. Mai 1931, der die Herabsetzung der Ministergehälter auf 12 000 Mark jährlich forderte, nicht ausgeführt hat.

Staatsminister Baum führte in der Debatte aus, dass man es den Ministern nicht zumuten könne, für ein geringeres Gehalt als es die höheren Staatsbeamten beziehen, zu arbeiten. Dadurch werde das Ansehen der Minister untergraben. Das kleine Land Braunschweig habe zwei Minister und zahle jährlich fast soviel Gehalt dafür wie das dreimal so grosse Land Thüringen. Für Braunschweig genüge ein Minister. Die Nationalsozialisten hätten aber einen zweiten verlangt, um einem von ihren Leuten einen Posten zu verschaffen. Auf eine Anfrage, wie hoch das Uebergangsgeld sei, das der frühere Innenminister Frick bisher vom Lande Thüringen erhalten habe, erwiderte Minister Baum, dass Frick ab 1. April bis 31. Dezember 1931, also für dreiviertel Jahr, durch die Notverordnung festgesetzten Abzüge bereits abgerechnet, netto 10 378 Mark ausgezahlt erhalten habe. Frick habe sich nicht einmal mit dem letzten Ministergesetz in Thüringen zufrieden gegeben, sondern habe für sich sogar eine Sonderpension verlangt.

Die Nationalsozialisten versuchten, den Minister während seiner Rede niederzubrüllen, sodass der Präsident gezwungen war, zahlreiche Ordnungsrufe zu erteilen. Der zweite Vizepräsident des Landtags Abg. Marschler (Nat. Soz.) musste wegen gemeiner Zwischenrufe einem sozialdemokratischen Redner gegenüber von der Sitzung ausgeschlossen werden.

. SPD. Schwerin, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Der mecklenburgische Landtag lehnte am Mittwoch das kommunistische Misstrauensvotum gegen die Rechtsregierung mit 25 gegen 23 Stimmen ab. Die Nationalsozialisten, die der deutschnationalen Regierung in letzter Zeit wiederholt den schärfsten Kampf angekündigt hatten, stimmten unter der fadenscheinigen Begründung, dass sie sich nicht mit dem Marxismus in eine Kampffront zu stellen beabsichtigten, gegen den Misstrauensantrag. Ihre Kampfansage hat sich damit wieder einmal als Maulfechtereier erwiesen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Ein Meister starb.

Und liess seine Asche in die Winde zerstreuen - -.

SPD. London, 1. Dezember (Eig. Ber.)

Das Begräbnis des bedeutenden englischen Romanisten, Professor Sampson von der Universität in Liverpool, der vor wenigen Tagen gestorben ist, erfolgte mit einer seltenen Zeremonie und auf eine seltsame Art. Der Professor hatte testamentarisch verfügt, dass sein Körper nicht nur eingeäschert sondern die Asche von dem Pic Foelgoch ins Tal gestreut werden sollte.

Professor Sampson hat drei Leidenschaften gelebt: seinen Studien, die ihn über die britischen Inseln hinaus bekannt werden liessen, seinen gallischen Bergen, in denen er am liebsten seine Mussestunden verbrachte, und der Bohème des Landes, der er einen eigenen Ritus der Umgangsformen gab. Die Wünsche des Toten wurden respektiert.

Nach der Verbrennung des irdischen Leibes im Krematorium - viele Hunderte ehemaliger Anhänger hatten sich eingefunden - bewegte sich der Trauerzug durch das Land zum Gebirge. Unterwegs schlossen sich Delegationen aus allen Gegenden Grossbritanniens an. Eine eigenartige Gesellschaft erwies dem Meister der romanischen Sprachen die letzte Ehre.

Zahlreiche Männer mit langen Haaren und riesigen Schlapphüten und Frauen in den buntesten Kostümen sammelten sich am Fuss des Berges Foelgoch. Die Urne wurde von dem Sohn des Verstorbenen und seinem besten Freund, dem bekannten englischen Maler Augustus John, getragen. Ihnen folgte ein Musikkorps bedeutender Künstler, die eine eigens zum Tode ihres Meisters komponierte Hymne spielten.

Zwischen malerischen Felsschluchten stieg der Zug mit abgewogenen Schritten unter den klagenden Klängen vieler Geigen und Harfen zu dem Lieblingsaufenthaltort Professor Sampsons empor. Erschöpft langte man auf dem Pic an. Augustus John ergriff das Wort, um von dem toten Freund mit dieser Rede Abschied zu nehmen: "Bruder, denn Wunsch war es, dass deine Asche von diesem Gipfel, den du so oft bestiegst, als du noch lebend unter uns weiltest, in die Winde zerstreut werden möge. So wirst du im Tode, wie im Leben, mit den Bergen vereint sein. Wir errichten dir keinen Gedenkstein. Der Berg wird künden, dass du warst. Deine Seele wird ewig leben, wie diese Felsen, die die Urzeit gebar."

Feierlich wurde die Urne geöffnet und die Asche über dem Abgrund entleert. Ein letzter Hymnus seiner Anhänger - und die sterblichen Reste des Meisters waren in Atome zerstäubt. Tränenden Auges stand die Bohème auf dem Pic von Foelgoch in stummer Ergriffenheit - -. Wenige Minuten später jubelte die Trauergemeinde im wirbelnden Tanz zu den lustigen Weisen der Querpfeifer, denn Sampson hatte bestimmt: "Ihr sollt nicht klagen, wenn ich scheide!"

+ + +
Bilanz der Kolonialausstellung. Die Leitung der Pariser Kolonialausstellung gibt bekannt, dass die gesamten Einnahmen der Ausstellung rund 243 Millionen Francs betragen, die Ausgaben etwa 210 Millionen Francs, sodass sich ein rechnerischer Ueberschuss von über 30 Millionen Francs ergeben dürfte. Die Totalausgaben der Kolonialausstellung waren naturgemäss weit höher, wurden aber zum grössten Teil von den ausstellenden fremden Mächten, von den Kolonien selber und den Konzessionären bestritten. Es wurden 33,4 Millionen Besucher gezählt.

+ + +

Der 26. April - -

Der Tag, an dem Professor Deyke das Calmette-Unglück erkannte.

SPD.Lübeck, 2. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch-Nachmittag wurde die Verhandlung im Calmette-Prozess, die durch die Aufstellung dreier Oefen für 24 Stunden unterbrochen war, fortgesetzt.

Schwester Else Schmidt schilderte ausführlich die Vorgänge am 26. April 1930: Am 26. April wurden acht Packungen mit Impfstoff hergestellt. Fünf davon wurden an die Entbindungsanstalt geliefert. Zwischen 11 und 12 Uhr kam Professor Deyke so erregt, wie ihn die Zeugin noch nie gesehen zu haben glaubt, ins Laboratorium und fragte, ob die Packungen schon ausgegeben seien. Schwester Schmidt sagte: "Die Packungen für die Entbindungsanstalt sind schon abgeholt worden". Darauf Professor Deyke: "Dann holen sie sie sogleich zurück und vernichten sie diesen Impfstoff! Es ist ein Unglück passiert!" Was passiert war, hat Professor Deyke der Zeugin nicht gesagt.

Professor Dold, der Direktor des Hygienischen Instituts der Universität Kiel verlas einen Brief, den sein Institut am 7. April 1929 von der Inneren Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses in Lübeck erhalten hat. In diesem Brief wird um Uebersendung einer Tuberkel-Bazillenkultur vom typus humanus gebeten. Professor Dold gab an, dass dieser Stamm am 9. September von seinem Institut nach Lübeck geschickt worden sei. Ueber den Virulenz-Grad dieser Kultur - hierzu sollte Professor Dold vernommen werden - konnte der Zeuge keine Angaben machen.

Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgesetzt. Anfang nächster Woche werden die Sachverständigen ihre Gutachten erstatten.

+ + +

Böss unglaublich? Im Berliner Sklarek-Prozess stellte Rechtsanwalt Dr. Puppe, der Verteidiger des angeklagten Sklarekbuchhalters Lehmann, einen Beweisantrag, durch den die Glaubwürdigkeit der bereits vernommenen Zeugen Oberbürgermeister a. D. Böss und Bürgermeister a. D. Scholtz erschüttert werden soll. Die Entscheidung über den Antrag stellte das Gericht einstweilen zurück. Im weiteren Verlauf der Verhandlung bekundete Obermagistratsrat Clemens, dass er seinerzeit mehrfach über die Sklareks Erkundigungen eingeholt und stets die besten Auskünfte erhalten habe. Stadtrat a. D. Wege erklärte, dass ihm von einer Begünstigung der Sklareks durch die Stadt Berlin nichts bekannt wäre. Im Gegenteil sei sogar im Magistrat ausführlich vorgetragen worden, dass die Gebrüder Sklarek für die Fehlbeträge in der Berliner Kleider-Verwertungs-Gesellschaft (KVG) hätten einspringen müssen. Ausserdem übte der Zeuge scharfe Kritik an dem System der Verteilung der Stadtratsdezernate zur Zeit der Aera Böss. Als nächster Zeuge erzählte das deutschnationale Magistratsmitglied Zangemeister den Ablauf eines an sich dienstlichen Gespräches mit Max Sklarek. Am Ende dieses Gespräches habe es sich ergeben, dass Max Sklarek der Deutschnationalen Volkspartei eine Wahlunterstützung von 6 000 Mark zusagte. Zangemeister will nicht den Eindruck gehabt haben, als ob Sklarek für diese Stiftung Gegendienste erwartet hätte.....

+ + +

Funk in der Schule. Anfang nächsten Jahres sollen sämtliche österreichischen Schulen mit grossen Rundfunkempfangsanlagen ausgestattet werden. Vorläufig sind wöchentlich zwei spezielle Schulsendungen in Aussicht genommen.

+ + +

Ausgehobene Falschmünzerwerkstatt. In Weimar wurde bei dem Inhaber einer Autoreparaturwerkstatt eine Falschmünzerwerkstatt ausgehoben, in der bereits seit einigen Monaten Zwei-Mark- und Zehnpfennigstücke hergestellt wurden. Der Hauptschuldige wurde verhaftet.

+ + +

Was wird mit Matuschka? Der erste der Prozesse gegen den ungarischen Eisenbahnattentäter Sylvester Matuschka wird Ende Januar oder Anfang Februar in Wien stattfinden. Nach Verbüßung der dort über ihn verhängten Strafe (Mindestmass sechs Monate, Höchstmass zehn Jahre schweren Kerkers) wird Matuschka wahrscheinlich an Ungarn ausgeliefert werden. Für diese Reihenfolge der Prozesse sind rechtliche Gründe massgebend. Ungarn hat das Auslieferungsbegehren vor Deutschland gestellt. Da Matuschka dort vermutlich zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt werden wird, wird das Jüterbogener Attentat wahrscheinlich niemals vor Gericht verhandelt werden.

Sollte Matuschka jedoch aufgrund der Gutachten der beiden Wiener Gerichtspsychiater Bischof und Höwel, die den Attentäter augenblicklich auf seinen Geisteszustand untersuchen, für geisteskrank erklärt werden, so wird er in Oesterreich in einer Heilanstalt interniert werden. Diese Internierung käme aber nur in Frage, wenn Matuschka in der Lage ist, dort für seinen Unterhalt aufzukommen. Andernfalls wird er in einen Nachbarstaat abgeschoben werden. Da sich alle an Oesterreich angrenzenden Länder dafür bedanken würden, einen so gefährlichen Geisteskranken bei sich aufzunehmen, würde nur noch die Auslieferung an Ungarn bleiben. Ungarn wäre in keiner Weise gezwungen, das Gutachten der Wiener Psychiater anzuerkennen und könnte von sich aus gegen Matuschka ein gerichtliches Verfahren einleiten und möglicherweise durch das Todesurteil, das in Ungarn noch nicht abgeschafft ist, beenden.

+ + +

Konsul Wasmus +. In Berlin verstarb im Alter von 53 Jahren der frühere Konsul und hervorragende Orientkenner William Wasmus, der den Weltkrieg in Südpersien auf eigene Faust geführt hatte: er hatte die südpersischen Stämme der Tschakutali und Tengutani erfolgreich dazu überredet, den Engländern die Gebirgspässe zu versperren. Die Engländer hatten sogar ein Lösegeld auf den Kopf des ihnen sehr unbequemen "Feldmarschalls", wie er von den Persern genannt wurde, ausgesetzt. Aber erst kurz vor Kriegsende gelang es ihnen, Wasmus gefangen zu nehmen - allerdings nur auf kurze Zeit, denn der "Feldmarschall" konnte ihnen wieder entfliehen.

+ + +

Verurteilte Nazikompanie. Im Prozess gegen die 55 Mitglieder der Oranienburger NSDAP, die am 24. September das kommunistische Verkehrslokal in Oranienburg gestürmt haben, wurde am Mittwoch nach dreiwöchentlicher Verhandlung das Urteil gefällt. 34 Nazis erhielten Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr, 21 wurden freigesprochen. Die bisher nicht vorbestraften Angeklagten bekamen Bewährungsfrist. Unter den Verurteilten befindet sich auch der Vorsitzende der Oranienburger Nazi-Ortsgruppe, der nationalsozialistische Stadtverordnete Fuchs.

+ + +

Verhinderter Gefangenenaustrich. Im Stettiner Polizeigefängnis konnte durch die Wachsamkeit mehrerer Aufsichtsbeamter der Austrich von sieben zu schwerer Zuchthausstrafe verurteilten Häftlingen, die nach verschiedenen Strafanstalten transportiert werden sollten, verhindert werden. Die Gefangenen hatten mit Eisenteilen, die sie von einem Bett abgerissen hatten, den Mörtel zwischen den Mauersteinen herausgestossen, wurden aber bei der nächtlichen Arbeit überrascht.

+ + +

Rekordflug. Der amerikanische Pilot Bayles erreichte auf einer etwa zwei Meilen langen Strecke die Weltrekord-Stundengeschwindigkeit von 458,4 Kilometern.

+ + +

Auch in Hollywood.... Die Filmfirma Warner Brothers in Hollywood hat ihre Stargagen um 20 bis 30 Prozent abgebaut. Die Löhne und Gehälter der in der Filmindustrie tätigen Arbeiter und Angestellten wurden um 15 Prozent gesenkt.



Warum geht's in Preussen?

Einführung der 48-Stundenwoche in den preussischen Kliniken.

SPD. Der Gesamtverband hatte vor einiger Zeit an das Preussische Staatsministerium den Antrag gestellt, in Anbetracht der ungeheuren Wirtschaftskrise für das Pflegepersonal in den Preussischen Staatskliniken die 48-Stundenwoche einzuführen. Der Antrag stiess erfreulicherweise bei der preussischen Staatsregierung auf Verständnis, und so konnten dieser Tage, nachdem die verwaltungstechnischen Fragen in den einzelnen Kliniken mit Hilfe der Betriebsräte und der örtlichen Verwaltung des Verbandes geklärt worden waren, in den Schlussverhandlungen folgende Vereinbarungen getroffen werden:

Die Leistung von Ueberstunden für längere zusammenhängende Zeiträume wird verboten. Ausnahmen können in Einzelfällen vom Fachminister mit Zustimmung des Finanzministers zugelassen werden. Im übrigen dürfen Ueberstunden nur noch zur Beseitigung von Betriebsstörungen und zur Erledigung sonstiger dringender oder unvorhergesehener Arbeiten, die keinen Aufschub vertragen, angeordnet und geleistet werden.

Für das Pflegepersonal des Charité-Krankenhauses Berlin und bei den Universitätskliniken und Polikliniken wird die regelmässige reine Arbeitszeit ausschliesslich der Pausen auf 48 Stunden in der Kalenderwoche einschliesslich der Sonn- und Feiertage festgesetzt.

Die Arbeitszeitherabsetzung ist bis spätestens zum 3. Januar 1932 (Beginn der Lohnwoche) durchzuführen.

In dem Umfang der durch das Ueberstundenverbot und durch die Arbeitszeitherabsetzung beim Pflegepersonal freiwerdenden notwendigen Arbeitsstunden werden neue Arbeitskräfte eingestellt, jedoch dürfen hierdurch das bisherige Mass an Arbeitsstunden und der gegenwärtige Gesamtlohnaufwand nicht überschritten werden. Bei der Neueinstellung sind entlassene Staatsarbeiter bevorzugt zu berücksichtigen.

Durch diese Vereinbarungen werden in den preussischen Kliniken ungefähr 380 Personen neu eingestellt. Wenn auch diese Zahl, gemessen an der riesigen Arbeitslosigkeit, unter der wir leiden, nicht allzu gross ist, so ist doch der Schritt Preussens nur zu begrüssen. Zu wünschen wäre, dass die übrigen Länderregierungen das preussische Beispiel nachahmen. Darüber hinaus müsste die Reichsregierung endlich einmal den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln Gebrauch machen und verordnen, dass in Deutschland wenigstens niemand mehr länger als 48 Stunden arbeiten darf. Dann würde für viele Zehntausende hoffnungsloser Menschen wieder eine Beschäftigungsmöglichkeit geschaffen werden.

Die Arbeitszeitverkürzung für das Pflegepersonal der preussischen Kliniken ist ein lehrreiches Exempel. Es zeigt, dass es keineswegs gleichgültig ist, wer jeweils an der Regierung beteiligt ist. Das müssen sich vor allem die Arbeiter merken, die sich von den Kommunisten zum Vorteil der Nazis sogar als Sturmbock gegen die preussische Staatsregierung missbrauchen lassen.

SPD. Die Junker in Ostelbien rebellieren. Sie wollen keine Steuern und keine Spezialbeiträge mehr zahlen, sie wollen die Barlöhne aus eigener Machtvollkommenheit kürzen und sie drohen jedem Berufsgenossen, der mit ihnen nicht an einem Strang zieht, zu verfeimen. Die Generalversammlungen der Kreislandbünde in Hinterpommern haben in diesen Tagen unter tosendem Beifall einstimmig Entschliessungen angenommen, in denen in geharnischter Weise auch gegen die Durchführung von Pfändungen und Zwangsversteigerungen Protest erhoben wird. Jeder soll geächtet werden, der sich an Zwangsversteigerungen beteiligt und Pfandstücke erwirbt.

Wie machen es nun dieselben Herrschaften dort, wo sie nicht Schuldner, sondern Gläubiger sind? Sind sie dort auch gegen zwangsweise Eintreibung von Forderungen? Sie denken nicht daran, wie folgender Vorgang beweist: Der Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes war es mit Hilfe des Drucks der Gutsbesitzer in einigen Orten Pommerns gelungen, Landarbeiter als Mitglieder zu gewinnen. Diese Landarbeiter haben aber zum grössten Teil rasch erkannt, dass die Arbeitnehmergruppe des Landbundes nicht ihren, sondern nur den Interessen der Grossagrariere dient. Sie haben daher der Arbeitnehmergruppe des Bundes den Rücken gekehrt, ohne sich jedoch darum zu kümmern, dass der Austritt die Kündigung der Mitgliedschaft voraussetzt. Was macht nun der Landbund? Er verlangt von den betreffenden Landarbeitern in kategorischer Form die Zahlung der Beiträge bis zum Ablauf der Kündigungszeit. Und damit noch nicht genug. Er hat einigen Landarbeitern, die auf sein Verlangen nicht eingingen, jetzt sogar Zahlungsbefehle, bezw. Klagen zugestellt. =

"Vergib uns unsre Schulden, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern..."
Die Junker pfeifen auf das Vaterunser.

SPD. Der Reichsstädtebund rückt von der Forderung des Deutschen Landgemeindetages auf Beseitigung der Arbeitslosenversicherung jetzt etwas ab. Er erklärt, er habe lediglich der Anregung des Landgemeindetages Folge geleistet und dem Reichsarbeitsminister eine Eingabe übermittelt, die in Anbetracht der finanziellen Notlage der mittleren und kleineren Städte eine vorübergehende Suspendierung der Arbeitslosenversicherung zum Ziele habe. Er selbst wünsche eine einheitliche Reichsarbeitslosenfürsorge.

SPD. Im holländischen Textilbezirk Twente hat der Lohnabbau zu einem wilden Streik geführt, an dem sich bereits etwa 4 500 Textilarbeiter beteiligen. Die Streikbewegung, die ein reiner Verzweiflungsakt ist, steht unter kommunistischem Einfluss. Der Niederländische Gewerkschaftsbund hat, um die Textilarbeiter vor einer noch schlimmeren Verschlechterung ihrer Situation zu retten, eine Konferenz aller angeschlossenen Hauptvorstände einberufen, um zu der Lage in Twente Stellung zu nehmen.

SPD. Die auf Donnerstag angesetzten Lohnverhandlungen für die Gruppe Nordwest wurden auf den 14. Dezember vertagt.

SPD. "Der Bogen ist überspannt!" Unter dieser Überschrift beleuchtet die "Holzarbeiterzeitung", das Organ des Deutschen Holzarbeiterverbandes, in ihrer jüngsten Nummer die neuen Lohnsenkungspläne der Reichsregierung. Senkung der Löhne und Niederhaltung der Arbeiterschaft mittels des Schlichtungswesens - das sei der Angelpunkt der berühmten Leitsätze des Wirtschaftsbeirates. Alles andere sei Beiwerk, und wo es sich um Versprechungen handle, wie bei der Senkung der Preise und der Lebenshaltungskosten, seien es leere Worte. Am deutlichsten zeige sich das bei der angekündigten Einwirkung der Regierung auf eine fühlbare Herabsetzung der Tarife der Strassenbahnen, der Gas- und Elektrizitätswerke in den Gemeinden. Die Städte seien infolge der riesigen Wohlfahrtslasten in Bedrängnis und könnten sich daher kaum bereitfinden, die Tarife zu senken und damit ihre ohnehin unerträglichen Finanzsorgen noch mehr zu steigern.

"Geradezu als Verhöhnung der Arbeiterschaft", betont die Holzarbeiterzeitung, "muss es empfunden werden, wenn gesagt wird, der Grundsatz des Tarifvertrages müsse erhalten werden, eine gesetzliche Aenderung des Schlichtungswesens sei nicht erforderlich, nur eine veränderte Handhabung sei notwendig. Der Sinn des Schlichtungswesens ist es, durch behördliche Hilfeleistung die Schaffung von Tarifverträgen zu fördern; durch die veränderte Handhabung, die jetzt schon Platz gegriffen hat, beweist das Reichsarbeitsministerium, dass man ohne Aenderung seines Wortlautes den Sinn eines Gesetzes in sein Gegenteil verkehren kann".

Verelendung der Arbeiterschaft durch stärkste Senkung der Löhne sei das Leitmotiv der Regierung. Die Arbeiterschaft erhebe eindringlich ihre warnende Stimme. Der Bogen sei bereits überspannt. Jedes Mehr müsse ihn zum Brechen bringen.

SPD. In den Klößknerwerken in Troisdorf wurde am Mittwoch nach 14tägigem Kampf die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen. Nach einer Vereinbarung vor dem Schlichter tritt die Lohnsenkung von 9 % erst am 1. Dezember in Kraft. Massregelungen unterbleiben.

Auch in den Humboldtwerken in Köln kam es zu einer Vereinbarung zwischen Werksleitung und Arbeiterrat. Obwohl das Ergebnis die Arbeiterschaft nicht befriedigt, brachte die geheime Abstimmung der Gesamtbelegschaft nicht die erforderliche Dreiviertelmehrheit zur Weiterführung des Kampfes. So musste der Kampf abgebrochen werden. Die Einstellung der Arbeiter erfolgt im Laufe dieser Woche.

SPD. Im niederländischen Textilindustriegebiet Twente ist am Mittwoch eine weitere Verschärfung der Streikbewegung eingetreten. Der von dem Vorstand des freigewerkschaftlichen Textilarbeiterverbandes und den beiden konfessionellen Verbänden gefasste Beschluss, ab 10. Dezember zu einer allgemeinen Arbeitseinstellung überzugehen, falls die Arbeitgeber von dem weiteren Lohnabbau nicht Abstand nehmen, wurde von Tausenden von Arbeitern befolgt. Die Zahl der streikenden Arbeiter dürfte jetzt etwa 10 000 betragen.

Der Streik hat von Enschede auf Winterswijk übergegriffen, wo die Fabriken den Arbeiter ein Ultimatum gestellt haben. In Enschede wird die entstandene Verwirrung von der Roten Gewerkschaftsopposition zur Hetze gegen die Verbände ausgenutzt.

Vom Lohnabbau der Unternehmer.

12 gegen 800.

SPD. Vor uns liegt eine Aufstellung über Löhne und Verdienste von Textilarbeitern in Schlesien und im Freistaat Sachsen. Im Riesengebirge hat z.B. der Weber einen Stundenlohn von 62 Pfennigen. Das ist Grundlohn zusätzlich, Akkordverdienst. Die Weberin bringt es auf 46,5 Pfennige pro Stunde. Wenn es gut geht, d.h. wenn keine Kurzarbeit ist, werden nominell die Woche hindurch rund 20 Mark verdient. Davon gehen aber noch ganz erhebliche Abzüge runter. Wenn es aber nicht gut geht, d.h. wenn kurz gearbeitet werden muss, sinken die Wochenlöhne auf 10, auf 7 und auf 6 Mark.

Man hat sich leider daran gewöhnt von Lohnabzügen im Ausmass von 6, 10 und 15 Prozent zu sprechen, von einer Rückführung der Löhne auf den Stand von 1927 und darunter. In Wirklichkeit sieht es in vielen Bezirken und in vielen Berufen so aus, dass es nichts mehr abzuziehen gibt. Andererseits wird festgestellt, dass die Unternehmungen, die durch weiteren Lohnabbau rentabel werden sollen, immens hohe Direktorengehälter zahlen. In der Kunstseide (Sachsen) verdient der Direktor noch immer 145 000 Mark. Das ist keine Einzelercheinung. In Sachsen gibt es einen Betrieb, der 160 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Aber auch vier Direktoren. Von diesen vier Direktoren verdient keiner unter 30 000 Mark pro Jahr. Man hat sich ein Gehalt von 30 000 oder 40 000 oder wohl auch 50 000 Mark pro Jahr zugelegt, als die Betriebe noch 150 bis 200 Menschen beschäftigen und der Geschäftsgang flott war. Die Beschäftigtenzahl ist allmählich auf 50 und weniger gesunken. Die hohen Direktorengehälter werden aber nach wie vor weitergezahlt.

Man hat vor einiger Zeit viel Gerede davon gemacht, dass Generaldirektoren und Direktoren den Lohnabbau, den man der Belegschaft zumutet, mitmachen. Wie sieht es aber mit diesem Lohnabbau aus? Unsere oben erwähnte Aufstellung enthält ein Beispiel, das nicht vereinzelt da stehen dürfte und das zu denken gibt. Es handelt sich um einen Betrieb mit 800 Arbeitern, der am 1. April 1931 eine Lohnsenkung von 6 % durchführte. Der Wochenverdienst der 800 Beschäftigten betrug vor der Lohnsenkung 29,18 Mark im Durchschnitt. In diesem Betrieb gibt es 12 leitende Beamte, die, gemessen an den Arbeiterlöhnen, phantastisch hoch bezahlt werden. Für sie vollzog sich der Lohnabbau von 6 % wie folgt:

	<u>Vor der Lohnkürzung</u>	<u>Nach der Lohnkürzung</u>
1. Beamter	144 000 Mark	135 000 Mark
2. " "	105 000 Mark	98 000 Mark
3. " "	45 000 Mark	42 000 Mark
4. " "	44 000 Mark	41 800 Mark
5. " "	19 000 Mark	17 860 Mark usw.

Kein Mensch wird bezweifeln, dass Generaldirektoren und Direktoren auch mit den gekürzten Gehältern noch reichlich auskommen können. Wir behaupten, dass hier noch sehr viel Raum für die von den Unternehmern immer erwähnte Kapitalbildung vorhanden ist. Durch die 6%ige Lohnkürzung bei den Arbeitern hat der Betrieb rund 70 000 Mark erspart. Nun nehmen wir mal an, dass auch ein Direktor in einer Textilfabrik mit 800 Arbeitern in Krisenzeiten mit einem Gehalt auskommen kann, das in Deutschland ein Minister verdient. Das wären

rund 24 000 Mark. Wenn dieser Betrieb mal die Gehälter seiner Direktoren bzw. die Gehälter seiner leitenden Beamten auf das Ministergehalt in Deutschland zurückführen wollte, so würde er in diesem Fall rund 222 000 Mark ersparen. Das sind 19,5 Prozent der Jahreslohnsumme.

Wie gesagt, es handelt sich hier um ein Beispiel für viele. Wir behaupten dass in vielen Branchen die Rentabilität der Betriebe unter allzu starkem Druck der hohen Direktorengelöhler steht. Dazu möchten wir bemerken, dass die wirklich gezahlten Direktorengelöhler schon aus steuerlichen Gründen überhaupt nicht in Erscheinung treten. Es gibt Fälle in der Textilindustrie, wo Betriebe mit 50 bis 100 Arbeitnehmern 3 bis 4 Unternehmerfamilien ernähren müssen. Gerade in der Textilindustrie sind die Betriebe gewöhnlich Familienbesitz. Die Aktien der Betriebe verteilen sich in der Regel auf 2, 3 oder auch 4 und 5 Familien. Kein Mensch hat etwas dagegen, wenn eine entsprechende Dividende auf diesen Aktienbesitz ausgeschüttet wird, sofern die nötigen Mittel erarbeitet sind. Wenn man aber die Familienmitglieder als Direktoren anstellt, sie mit Gehältern bezahlt, die ein Vielfaches der Ministergehälter in Deutschland ausmachen, dann ist das ein Skandal.

Und leider ist dieser Skandal sehr häufig festzustellen, sind die Betriebe sehr häufig, wo der Vater der Generaldirektor ist, der Sohn die rechte Hand und der Schwiegersohn die linke. Und alle werden sie reichlich bezahlt. Und alle haben sie bisher an Lohnabbau nicht gedacht. Aber man verlangt den Lohnabbau für Arbeiterinnen und Arbeiter.

SPD. Der Reichsbank ist es gelungen, in der letzten Novemberwoche die Devisenabflüsse stärker abzustoppen. Für die Gold- und Devisenbestände wird ein Rückgang von nur 900 000 Mark auf 1 175,2 Millionen Mark angegeben. Im einzelnen haben die Goldbestände um 3,6 Millionen Mark auf 1 004,9 Millionen Mark abgenommen. Bei den Deckungsdevisen ist eine Zunahme um 2,7 Millionen Mark auf 170,3 Millionen Mark festzustellen. Die Deckung, die am Ende der 3. Novemberwoche auf 25,3 Prozent gesunken war, hat sich auf 27,5 Prozent erhöht.

Die Anforderungen an den Reichsbankkredit haben sich gegenüber dem Novemberultimo auf der Höhe des Vormonats gehalten. Es sind Kredite im Ausmass von 437,4 Millionen Mark neu gewährt worden (Ende Oktober 448,7 Mill. Mark). Damit steigt der gesamte, von der Reichsbank gewährte Kredit auf 4 314,2 Millionen Mark an und liegt unter dem Stand des Vormonats (Ende Oktober = 4 351,9 Millionen Mark). Im einzelnen haben sich die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 246,3 Millionen Mark (im Vormonat 342,6 Mill. Mark) auf 3 901,3 Millionen Mark (im Vormonat 4 009,5 Mill. Mark) erhöht. Der Lombarkredit erhöhte sich um 135,3 Millionen Mark (Vormonat 106,2 Mill. Mark) auf 254,3 Millionen Mark (Vormonat 239,5 Mill. Mark.) Ueber Verkauf von Reichsschatzwechseln ist ein Kredit von 55,7 Millionen Mark in Anspruch genommen worden, Ende Oktober waren Reichsschatzwechsel nicht vorhanden.

Im Zusammenhang mit der Kreditausweitung sind 374,9 Millionen Mark Noten erneut in den Verkehr geflossen. Der Notenumlauf hat sich damit von 5 167,2 Millionen Mark im Vormonat auf 5 060,7 Mill. Mark Ende November verringert.

SPD. Das englische Pfund wurde am Mittwoch in Berlin mit ... 12 ... bezahlt.

Wetterumschwung drückt.

(Berliner Getreidebörse vom 2. Dezember.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Mittwoch erheblich schwächer als an den Vortagen. Das wärmere Wetter hat die Befürchtungen über Zufrieren der Flussläufe vermindert, sodass wieder stärkeres Angebot auf den Markt kam. Demzufolge machte sich auch bei den Käufern grössere Zurückhaltung bemerkbar. Weizen verlor im Handel mit effektiver Ware 3 Mark, während sich der Roggenpreis unverändert behaupten konnte. Stärker waren die Preisrückgänge am Markte der Zeitgeschäfte, wo Preisrückgänge im Ausmass von 3 bis 4 Mark und darüber festzustellen waren. Immerhin hielt sich die Umsatztätigkeit in mässigen Grenzen. Am Mehlmarkt hielten sich die Käufer sehr zurück. Obwohl die Mühlen vielfach ihre Preise ermässigt hatten, zeigte sich keinerlei Kauflust. Hafer hatte sehr ruhige Tendenz. Das Angebot blieb zwar klein, jedoch hielten sich auch hier die Käufer sehr zurück. Gerste hatte bei kleinem Umsatz stetige Tendenz.

	1. Dez.	2. Dez.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	223 - 226	220 - 223
Roggen	199 - 201	199 - 201
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industrieroggen	155 - 159	155 - 159
Hafer	143 - 148	142 - 147
Weizenmehl	28,00 - 32,00	28,00 - 32,00
Roggenmehl	27,00 - 29,25	27,25 - 29,25
Weizenkleie	10,00 - 10,25	10,00 - 10,25
Roggenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 235 - 233½ (Vortag 236½), März 244½-242½ plus Geld (247), Roggen Dezember 204½-202½ (206½), März 212½-211 (214½), Hafer Dezember 160½-159½ (162), März 169-167½ (171½).		

SPD. Die Bestrebungen, zu einer Senkung der Neubaumieten zu kommen, haben sich im Reichsarbeitsministerium zu bestimmten Projekten verdichtet. Sie liegen im allgemeinen auf der Linie der Beschlüsse, die vor einiger Zeit im preussischen Landtag angenommen worden sind und die auf sozialdemokratische Initiative zurückgehen. Vorgesehen ist, dass die Länder und Gemeinden auf Verzinsung und Tilgung der Hauszinssteuerhypotheken verzichten. Ferner sollen auch die Wohnungen, die vor dem 1. April 1931 gebaut worden sind, von der kommunalen Grundsteuer - der staatliche Grundsteuer fällt an sich weg - befreit werden. Dazu kommt ein Betrag von 50 Millionen Mark aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer, der als Mietszuschüsse für erwerbslose Mieter dienen soll. Im übrigen sind 100 Millionen Mark an Zinszuschüssen für solche Neubauten vorgesehen, die aus nicht zu umgehenden Gründen äusserst teuer gebaut worden sind.

SPD. Der Skandal im Blumensteinkonzern - eine der grossen Skandalaffären in der Privatwirtschaft - fordert neue Opfer. Vor einiger Zeit musste bereits die Viesener Spinnerei ihre Tore schliessen. Jetzt wird gemeldet, dass die Spinnereiindustrie A.-G. vormals Mühlen & Peltzer den Konkurs angemeldet hat. Mit der Viesener Spinnerei gehörte auch die Spinnereiindustrie A.-G. zum Blumensteinkonzern und war von diesem durch eine Konzeranleihe, die notleidend geworden ist, stark belastet.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 2. Dezember 1931.

Iduna.^x

SPD. Iduna war die Foxhündin des Pfarrers. Um nicht den verrohenden Einflüssen der Strasse ausgesetzt zu sein, wurde sie von der Köchin stets an einem weissen Leinchen in den Garten geführt, wenn ihre sonst entsagende Natur notvoll dazu drängte. Im übrigen hatte sie nie das jungfräuliche Zimmer der Kathrin verlassen und deshalb allen weltlichen Versuchungen zu widerstehen vermochte. Nichtsdestoweniger regten sich manchmal ungestüm erbsündige Triebe in ihr, mit denen sie knurrend und jaunernd stritt, bis sie überwunden waren.

Eine solche Zeit der Anfechtung war ihr auch gerade beschieden, als der Pfarrer mir eines Tages auftrag, für ihn beim Bauern die Milch zu holen, da die Köchin verreist sei und vor Abend nicht wiederkäme. Er selber hatte Besuch von einem Konfrater, mit dem er sich eine ziemliche Weile auch im Pastoratskeller unterhielt, was verständlich war, denn dieser Keller genoss in Weinkennerkreisen einen beredten Ruhm.

Als ich mit dem Milchtöpfe fortging, rief der Pfarrer mir an der Haustür noch nach: "Und dann kannst du auch mal das Hündchen an der Leine nehmen und in den Garten führen."

Weil ich mir nun vorstellen konnte, wie schön es auch für einen Hund sei, zu zweien anstatt allein durch den sommerlichen Garten zu springen, so lockte ich auf der Strasse den Spitz des gichtgeplagten und darum stets verdrossenen Schneiderjakob mit, der seinerseits froh gewesen sein mag, einmal das Reich der heiligen Iduna betreten zu dürfen. Ich liess den fremden Hund aber nicht ins Haus hinein, sondern band ihn mit einer Kordel ans Gartentor. Zuerst wollt das Kerlchen sich loszausen. Als ich jedoch in Gesellschaft der Iduna wieder herauskam, wedelte es freudig mit seiner Haarquaste und beleckte sein Schnäuzchen, als brächte ich ihm einen Honigtopf.

Mir selber wurde nicht wenig süssleckerig zumute, und zwar wegen der feinen Mirabellen, die von zwei schwanken Bäumchen lockten. Ich band also auch meinen Pflegebefohlenen an das Gartentor und verliess mich darauf, dass wenigstens eine der beiden Hundeseelen aus Dankbarkeit anschlüge, wenn für mich auf den Mirabellenbäumchen Gefahr im Verzuge sei.

Es dauerte aber fast eine halbe Stunde, in der ich mich hinreichend an den köstlichen Früchten gelabt hatte, da meinte ich, wenn auch kein Bellen, so doch ein kurzes, halb wimmerndes, halb freudiges Aufjaulen zu hören, sodass ich dachte: Da ist der Pfarrer am Tor.

Das war nun freilich nicht der Fall, sondern der Spitz hatte sich nur losgerissen und stand mit aufgesperstem, hachendem Schnäuzchen und heraushängender Zunge vor der Iduna, die selber mich so angstvoll anblickte, als hätte sie weit mehr als Honig genascht.

Ich führte das Hundejüngferchen (ach, ich ahnte ja nicht, dass es damit jetzt vorbei sei) an seinem nicht mehr ganz so weissen Leinchen ins Pfarrhaus und gab dem Spitz mit einem Husch zu verstehen, dass er jetzt gehen könne.

Nach einigen Wochen hiess es im Dorfe, die Pfarrersköchin habe eine Erscheinung gehabt. Wenigstens sagte es mir mit diesem Ausdruck meine Mutter. Mein Freund hatte ausserdem im Laden seines Vaters gehört, des Pfarrers Kathrin sei fest davon überzeugt, dass mit ihrer Iduna ein Wunder geschehen sein müsse. Schon lange sei ihr Ränzlein ungewöhnlich dick angeschwollen,

und jetzt habe der hohe Herr selber festgestellt, dass sich darin etwas Lebendiges rege.

Tatsächlich lagen auch eines Morgens fünf blindäugige Tierchen im Strumpf korb, die das ganze Dorf sich ansehen kam, weil jeder glaubte, sie müssten wohl Heiligenscheine um die Köpfe haben. Mir selber schwante ihre Irdischkeit, als sie anfangen, dem Spitz des Schneiderjakob ähnlich zu werden; aber ich verriet keinem etwas von meinem rationalistischen Wissen, weil mich ja die ideale Vaterschaft ein wenig drückte. Und dass der Pfarrer schwieg, geschah vielleicht in der Erinnerung an die Kellerfreuden, die er gemeinsam mit seinem Konfrater genossen hatte. Man muss auch den lieben Tieren schon mal ein Vergnügen gönnen

Richard Wenz.

----- Die Seefahrtschule.^x -----

SPD. "Wie wird man Kapitän, Herr Kapitän?"

"Da drüben dieses grosse Haus, zwischen Tropeninstitut und Seewarte, das so stolz auf den Hafen blickt, das ist die Hamburger Staatliche Seefahrtschule. Da muss man erst durch."

Aber erst nach mindestens fünfzig Monaten "Fahrzeit vor dem Mast" wird man dort zugelassen. Dann sind die jungen Leute schon zwanzig Jahre alt. Der Ausdruck "Fahrzeit vor dem Mast" stammt noch aus der Zeit der Segelschiffe. Da wohnte die Mannschaft vor dem Mast, der Kapitän und die Offiziere hinter dem Mast. Erst wenn man also diese fünfzig Monate Fahrzeit als Schiffsjunge, Leichtmatrose oder Vollmatrose hinter sich hat - und diese Zeit rechnet auch erst vom fünfzehnten Lebensjahr ab -, dann hat man das Recht, diese Schule zu besuchen.

"Und dann nehmen Sie jeden, der sich meldet?" frage ich den Direktor der Seefahrtschule.

"Es meldet sich schon keiner, der nicht das Zeug dazu hat. Wer diese Lehrzeit hinter sich hat, der wird auch aufgenommen. Nach dieser Zeit weiss jeder, ob er es bis zum Kapitän bringen kann, und nur ganz selten "läuft einer aus dem Ruder"."

Zwar gibt es auch in dieser Schule Bänke und Wandtafeln. Aber das ist nicht das Wichtigste und Ausschlaggebende. Von viel grösserer Bedeutung sind hier die Funkpeiler und Kreiselkompass, die Bordfunkapparate und Navigationsinstrumente.

Anderthalb Jahre dauert der erste Lehrgang, bis man das Patent eines "Seesteuermanns auf grosser Fahrt" erhalten kann. Dann muss man wieder mindestens vierundzwanzig Monate lang auf See als Seesteuermann auf grosser Fahrt, bis man zum zweiten Lehrgang zugelassen wird. Der dauert noch einmal ein halbes Jahr. Ein weiteres halbes Jahr kommt für den Bordfunkerlehrgang hinzu, den heute die Meisten mitmachen. Dann erst bekommt man nach nochmaliger, abschliessender Prüfung das Kapitänspatent, das zur Führung auch der grössten Schiffe der Handelsmarine berechtigt. Zehn Jahre muss man also mindestens auf See und auf der Seefahrtschule gewesen sein, bis man Kapitän werden kann.

Und was wird in der Seefahrtschule unterrichtet?

Der Lehrplan ist ein bündes Sammelsurium der verschiedensten Dinge. Unerslässliche Hilfsfächer, die immer mehr an Bedeutung gewinnen, sind Mathematik und Physik, die hier natürlich ganz anders betrieben werden als in den Schulen der Landratten und immer die Praxis des Seemannes berücksichtigen. Ein wichtiges Fach ist ferner die Nautik, die das Finden des Seeweges und der Ortsbestimmung auf See, wo sich ein Schiff gerade befindet, lehrt, sowie den Umgang mit den notwendigen Instrumenten, die immer zahlreicher werden. Das sind vor allem: Chronometer, der Magnetkompass, der Kreiselkompass, Funkpeiler, Eholot, Sextanten, Loteinrichtungen, Unterwasserschallsignale und alle diese Dinge.

Ein anderes Fach ist Gesetzeskunde. Der künftige Kapitän muss die internationalen Bestimmungen des Seeverkehrs kennen, wie ein Schiff dem anderen auszuweichen hat, wie man sich in Fällen der Gefahr gegenseitig Hilfe bringt, die Signale, den Sicherheitsvertrag, den man auch "Titanic"-Vertrag nennt, weil er nach dem Unglück der "Titanic" geschlossen worden ist und ähnliche Fälle vermeiden helfen soll. Wichtig ist natürlich auch die nationale Gesetzgebung, die Seemannsordnung, das Tarifwesen und die ganze genossenschaftliche und soziale Gesetzgebung, die für den Seemann, der immer unterwegs ist, naturgemäss ganz anders sein muss, als für einen Arbeiter mit festem Wohnsitz und fester Arbeitsstätte. Dazu kommt dann noch das private Seerecht des Handels.

Ein unerschöpfliches Gebiet ist die Seemannschaft. In diesem Unterrichtszweige werden die Schüler mit der ganzen Schiffseinrichtung, den Maschinen und Hilfsmitteln an Deck, dem Tauwerk und den Vorschriften über deren Handhabung vertraut gemacht. Man lernt, wie man mit einem Schiffe manövriert, das Rettungs- und Sicherheitswesen und den Ladungsdienst. Wenn man bedenkt, was alles an den verschiedenartigsten Gütern in ein Schiff hinein muss, dann kann man sich vorstellen, wie wichtig gerade dieser Ladungsdienst ist. Da muss ein Klavier, da müssen hochempfindliche, teure Apparate neben Massengütern verladen werden; da müssen Chemikalien ins Schiff, die nicht nass werden dürfen; andere dürfen keinen Stoss bekommen; da dürfen keine Dinge zusammengebracht werden, die stark riechen und Geruch annehmen, und schliesslich müssen die Lasten gleichmässig verteilt werden. In verschiedenen Häfen, die das Schiff anläuft, werden die verschiedensten Güter an Bord genommen, und alles muss so untergebracht werden, dass alles an den bestimmten Häfen glatt ausgeladen werden kann, dass die Sachen mit weitestem Ziel am weitesten unten liegen, auch wenn sie erst spät aufgenommen werden, damit man nicht beim Löschen erst das Unterste zu oberst kramen muss und dabei ein furchtbares Tohuwabohu anstellt.

An Sprachen wird ausser Deutsch nur Englisch gelehrt. Zwar wäre auch noch spanischer Unterricht wünschenswert, aber dazu langt die Zeit nicht. Französisch ist für den Seemann vollständig überflüssig.

Dann wird noch ein bisschen Schiffsmaschinenkunde getrieben, ein bisschen Schiffsbau, Wetterkunde, Gesundheitspflege - denn noch lange nicht auf jedem Schiff ist ein Arzt, und der Kapitän muss im Notfall auch diese Rolle, wenigstens einigermaßen, übernehmen können - und schliesslich Funkentelegraphie.

Da sitzen die braungebrannten, breitschultrigen Jungen in einem Klassenzimmer auf richtigen Schulbänken. Aber vor jedem Platze steht ein Morseapparat, und auch der Lehrer auf dem Katheder sitzt vor einem solchen. Hier findet der Unterricht auf telegraphischem Wege statt.

In einem andern Zimmer wird "gepeilt". Der Funkpeiler, eine Errungenschaft der letzten Jahre, dient zur Ortsbestimmung auf See. Eigene Sender auf den Feuerschiffen, die sogenannten Funkfeuer, senden bestimmte Zeichen nur zum Zwecke der Peilung auf See. Dreht man an einem Steuerrade, so werden diese gesandten Töne lauter und leiser. Aus dem Maximum und dem Minimum kann man auf ziemlich kompliziertem Wege den Standort des Schiffes berechnen.

"Es ist mit die schönste Zeit, die die jungen Leute hier erleben," meint der Direktor der Seefahrtschule, "denn es ist die erste und zugleich die letzte längere Frist, die sie auf dem Festlande verweilen. Die See legt Entbehrungen mannigfacher Art auf, doch hier haben sie neben der Arbeit auch ein wenig Vergnügen. Und dann ist es ja kein Schulbetrieb im landläufigen Sinne. Es sind lauter erwachsene Menschen, die sich schon manchen Wind haben um die Nase wehen lassen, und wir behandeln sie dementsprechend. Es ist mehr eine Hochschule, nur mit der einzigen Ausnahme, dass man nicht kommen und gehen darf, wie man will. Jeder muss zur Schulstunde erscheinen."

Etwa zweihundert junge Seebären studieren hier jährlich "auf Kapitän". Aber ein Semester mit festem Anfang und Ende gibt es nicht. Man will die Schüler nicht monatelang warten lassen, und sie können nicht darüber bestimmen, wann sie von See zurückkommen. So treten jede Woche neue ein; jede Woche ge-

hen welche weg. "Und so ganz nebenbei ergibt es sich," sagt der Direktor ohne jeden Seufzer, "dass wir Lehrer darum fast jeden Tag auch Prüfungen haben. Wir kommen auf mindestens hundert Prüfungstage im Jahre. Das ist nun einmal so."

Draussen heult ein Dampfer in die aufsteigende Nacht. Ein Schiff läuft aus. Tutet es, um sich den Weg zu bahnen, oder will der Kapitän nur seine alte Schule grüssen? Einer der jungen Seebären - wer könnte angesichts dieser strammen, jungen Menschen noch "Schüler" sagen; auch der Direktor vermeidet dieses Wort - sieht ihm nach, und sicher denkt er sich: wann werde ich auch einmal als Herr eines solchen kleinen, schwimmenden Staates auf so einer Kommandobrücke stehen?.....

Mario Mohr.

Der verstauchte Daumen.^x

SPD. Ich hatte mir den Daumen verstaucht. Das ist weiter nicht gefährlich. es gibt schlimmere Sachen; z.B. kann man sich das Genick brechen, hat aber dann den Vorteil, nicht irgendwelche richtigen oder falschen Mittel anwenden zu müssen. Also, ich hatte mir den Daumen verstaucht; früh gegen 9 Uhr, beim Heben eines eisernen Trägers. Das war ungeschickt und dumm zugleich; ungeschickt, weil statt meiner auch ein anderer sich infolge freiwilliger Hilfeleistung beim Heben des bewussten Trägers hätte beteiligen können, denn es hatten genug Leute umhergestanden, denen es einen heillosen Spass gemacht hätte, den Träger doch nicht von der Stelle zu bekommen; und dumm war es, weil ich unmöglich mit meinem verunglückten Daumen, der zudem mit einiger Geschwindigkeit anschwell, Nachmittags um 5.35 Uhr Erna zu einem erfrischenden Winterluftspaziergang abholen konnte. Weder eine herzhafte Umarmung noch einen verstohlenen Händedruck durfte man wagen, ohne dass die damit verbundene Glückseligkeit durch einen jähen Schmerz unterbrochen würde.

Ich begab mich von meiner Arbeitsstätte nach Hause. Auf dem Wege nach der Strassenbahnhaltestelle begrüßte mich ein Freund mit so herzlichem Handschlag, dass ich ihm am liebsten eine Ohrfeige versetzt hätte; aber meine Kräfte reichte dazu nicht mehr aus. Der Freund gab mir aber dafür einen wohlgemeinten Rat: ich möchte den Daumen einbinden und ganz ruhig halten, bis es besser würde. Dankbaren Herzens verabschiedete ich mich von ihm und erzählte es meiner Wirtin, der ich mein körperliches Wohl schon über Jahr und Tag anzuvertrauen pflegte. "Um Gotteswillen, das ist ja gerade verkehrt. Nein, massieren müssen Sie den Daumen!"

Ich liess mir also den Daumen massieren, hörte die Engel und noch vieles andere singen und beobachtete die angekündigte sofortige Besserung. Da sie trotz mehrfacher Wiederholung der Tortur, die meine Wirtin mit dem mütterlichen Ausdruck "Massage" bezeichnete, in den nächsten achtundvierzig Stunden nicht eintrat, entschloss ich mich, nun doch dem Rate meines Freundes zu folgen; und hielt den Daumen weitere 24 Stunden lang ruhig. Kurz vor Ablauf dieser Frist stellte ich fest, dass beide Heilungsmethoden dazu beigetragen hatten, dem Daumen ein sehr vollkommenes Aussehen zu geben. Eine ältere Dame, die zufällig beide Bände "Bilz Naturheilverfahren" zu ihrer wertvollen Bibliothek zählte, empfahl mir dreimal täglich Wasserkuren. Ich versuchte auch diese Heilmethode, - mein Daumen nahm zu an Alter, Umfang und Säuseln. Resigniert verliess ich mein sonniges Heim und begab mich auf den Weg zum Arzte. Unten an der Haustür traf mich die Frau des Hausmeisters. Sie sah nach der verbundenen Hand, fragte mich und schüttelte zu meinen Erklärungen über die bisher angestellten Versuche überlegen den Kopf. "Ja, das glaube ich, ... da gibt's nur ein Mittel! frischen Quark, alle halbe Stunden neu auflegen!"

Ich fragte in der Stadt nach frischem Quark. Am zweiten Tage bekam ich

welchen. Am dritten Tage waren zwei Kilo des heilsamen Stoffes verbraucht, und mein Daumen schillerte in allen Farben von tschitscheringrün bis hellrot; ein Impressionist hätte sich daran begeistert. Meine Stimmung sank auf einige Grade unter Null. Ich entschloss mich, den bereits aufgegebenen Gang zum Arzte doch noch anzutreten. Da laufe ich auf der Strasse einem ehemaligen Arbeitskollegen in die Hände. "Nanu, Sie haben sich wohl den Daumen verstaucht?"

"Ja, ich bin auf dem Wege zum Arzte."

"Was - zum Arzte? Menschenskind, das dauert ja Wochen, ehe Ihnen der Arzt die Sache in Ordnung bringt. Gehen Sie zu der alten Kretschmern, Hängegasse 5, Hinterhaus, vier Treppen links, und eins, zwei, drei ist der Daumen in Ordnung."

Ich wanderte zur alten Kretschmern, Hängegasse 5, Hinterhaus, vier Treppen links, denn man konnte nicht wissen, ... so alte Frauen heilen manchmal noch ganz andre Dinge als verstauchte Daumen.

Die alte Kretschmern zündete eine Kerze an, murmelte einige Worte vor sich hin und strich mit schmutziger Hand aus einer noch schmutzigeren Schachtel eine mausgraue Salbe, die nach ranzigem Speck roch, über den Daumen. Ich glaubte an die Heilwirkung der eigenartigen Salbe - mein Zustand ist zu entschuldigen - ebenso wie an die merkwürdigen Begleitumstände und fragte nach den Kosten der Prozedur. Sie meinten, so etwas täte man aus Nächstenliebe. Dann erzählte sie mir, wie schlecht die Zeiten wären, und dass sie fünf Kinder zu ernähren hätte, deren Vater zeitig gestorben wäre. Ich verabschiedete mich unter Zurücklassung eines Silberstückes. Auf der Treppe begegnete mir ein junger Mann mit einem undefinierbaren Ausschlag im Gesicht. Er fragte mich, ob Frau Kretschmer noch daheim wäre, und roch nach derselben ranzigen Universalsalbe wie ich.

Auf dem Heimwege traf ich ein halbes Dutzend Bekannt. Jeder von ihnen erkundigte sich teilnahmsvoll und erteilte mir gute Ratschläge, sodass ich aus dem Erstaunen über die Mannigfaltigkeit der verschiedenen Heilverfahren überhaupt nicht herauskam. Der eine sagte: "Na, da seien Sie nur recht vorsichtig; mit so etwas ist nicht zu spassen". Ein anderer meinte, es wäre eine belanglose Kleinigkeit, und empfahl mir einen elektrischen Wärmeapparat eigener Konstruktion, den ich auch später bei Kopfschmerzen, Zahnreissen, Gallensteinen, Bronchialkatarrh, Blinddarmentzündung usw. nutzbringend anwenden könnte; er koste nur fünfzig Mark, bei monatlicher Ratenzahlung zehn Prozent Aufschlag.

Ich musste mich wohl oder übel bei allen mit höflichem Grinsen bedanken, und war einer Ohnmacht nahe, als ich zu Hause anlangte. Dort hatte meine Wirtin, von der Tante des benachbarten Vorkosthändlers ein neues Rezept erfahren: man giesse Oel, so heiss man es ertragen kann, auf die erkrankte Stelle, reibe es sorgfältig ab und spüle mit eiskaltem Wasser nach. Darauf nehme man wieder Oel und wieder Wasser hinterher. Das ist so lange fortzusetzen, bis das Glied wieder vollständig gelenkig geworden ist. Auch diese Kur liess ich über mich ergehen. Wenn einer mir geraten hätte, mit Paprikasosse zu gurgeln und gedämpfte Kirschen mit Fadennudeln aufzulegen, ich hätte auch das getan. Der Daumen und die anliegenden Grenzgebiete würden dabei ebenso wenig Neigung zu einer Besserung gezeigt haben wie bei dem Oel- und Wasserverfahren.

Nach einer halben Stunde geschah etwas, das eigentlich schon längst hätte eintreten müssen: mich packte eine namenlose Wut, und in dieser Wut lief ich denn doch noch zum Arzte. Der erklärte mir, der Daumen wäre gar nicht verstaucht, sondern regelrecht gebrochen, und einige freundliche Splitter hätten sich erlaubt, eine empfindliche Muskelentzündung hervorzurufen, die zu beseitigen er sich bemühen würde. Komplikationen wären nicht ausgeschlossen, da ich mit ziemlicher Verspätung bei ihm eingetroffen wäre. Nach diesen trostreichen Worten und einer entsprechenden Behandlung, die mir höchst unangenehm vorkam, entliess er mich. Jedesmal, wenn ich zu ihm gehe und einen Bekannten treffe, sage ich in einem Atemzuge: "Guten Tag - jawohl, ich habe mir den Daumen ver-

staucht; ich habe mit kaltem und warmem Wasser gespült; ich habe ihn massiert und ruhig gehalten; ich habe Umschläge mit frischem Quark gemacht und heisses Oel darauf gegossen; ich habe ihn mit ranziger Salbe behandelt und bin zum Arzte gegangen; gewiss; lassen Sie sich's gut gehen; leben Sie wohl; auf Wiedersehen!"

Die Leute halten mich seitdem für blödsinnig. Das schadet aber nichts: ich habe wenigstens meine Ruhe und mein verstauchter Daumen auch.

Satirikus.

Der Wiener Ringtheaterbrand.^x

SPD. Jacques Offenbach's letztes Bühnenwerk "Hoffmanns Erzählungen" wurde vor 50 Jahren, am 7. Dezember 1881, im Wiener Ringtheater zum ersten Male in Österreich aufgeführt. Am folgenden Tage sollte die Aufführung wiederholt werden. Dazu kam es jedoch aus einer tragischen Ursache nicht, weil das Ringtheater, das sich am Schottenring befand, in unmittelbarer Nähe der Polizeidirektion und nur wenige Minuten Fahrzeit von der Feuerwehr-Hauptwache entfernt, einem verheerenden Brande zum Opfer fiel. Der Feiertag (Mariä Empfängnis), der für die Bevölkerung der Donaustadt so froh begonnen hatte, endete als Trauertag.

Die unmittelbare Ursache des 20 Minuten vor Beginn der auf 7 Uhr angesetzten Vorstellung entstandenen Brandes war eine beleuchtungstechnische Unzulänglichkeit: Die Gasbeleuchtung der Bühne wurde elektrisch in Betrieb gesetzt; es musste daher der Gasdruck in diesem Moment besonders verstärkt werden. Das ausströmende Gas erzeugte eine schwache Luftbewegung. Ein Dekorationsfähnchen kam der ungeschützten offenen Gasflamme zu nahe und brannte sofort. Ein einziger kräftiger Wasserstrahl hätte das Feuerchen augenblicklich gelöscht, und die Gefahr wäre beseitigt gewesen. Geschulte Feuerwehrmänner waren aber gar nicht im Hause, denn die Handhabung der Feuerlöschvorrichtungen hatte die hohe Direktion den Bühnenarbeitern (Kulissenschiebern) übertragen. Ein Bühnenarbeiter versuchte, den eisernen Vorhang und eine Schutzdecke aus Dreht herabzulassen. Der Versuch misslang, und der Mann fiel den Flammen zum Opfer. Das Feuer konnte ungehindert in den Zuschauerraum überspringen. Der Beleuchtungsmeister hatte aus Angst vor einer Gasexplosion die beiden Gasometer abgedreht, sodass augenblicklich vollste Finsternis eintrat, denn die vorgeschriebene Notbeleuchtung war nicht vorhanden. Die in Todesangst vorwärtsdrängenden Theaterbesucher konnten sich in dem winkligen Gebäude, dessen Türen nach innen aufgingen, nun schon gar nicht mehr zurechtfinden, und aus einem geringfügigen Brande wurde eine der schlimmsten Brandkatastrophen, die Wien jemals erlebt hat.

Der Nizzaer Theaterbrand 1880 hatte die Bürokraten im österreichischen Ministerium des Innern doch ein bisschen aus ihrer Beschaulichkeit aufgescheucht, und das Wiener Stadtbauamt bekam den Auftrag, die Theater-Sicherheitsvorschriften vom Jahre 1817 den geänderten Verhältnissen anzupassen. Die neuen Vorschriften wurden erlassen, und die k.k. Theaterpolizei sollte die Durchführung überwachen. Natürlich kann sich eine Staatsbehörde nicht von einer simplen städtischen Dienststelle Anordnungen erteilen lassen, und so sah die Ueberwachung der Theatersicherheit dementsprechend aus. Im September 1881 waren sämtliche Wiener Theater sozusagen revidiert worden, und man hatte alles in bester Ordnung gefunden!

Offiziell wird die Zahl der Todesopfer mit 379 angegeben. Ob die Zahl stimmt, wird wohl niemals mehr festgestellt werden können. Für die Hinterbliebenen wurde eifrig gesammelt. Auch der Berliner Polizeipräsident von Madai forterte zu Spenden auf.

Die Brandkatastrophe des Wiener Ringtheaters hat zur Folge gehabt, dass

die Oper "Hoffmanns Erzählungen" bis in die ersten Jahre unsres Jahrhunderts von allen deutschen Bühnen verbannt blieb. Heute gehört das Werk, das gegenwärtig in Max Reinhardts Inszenierung die grösste Sensation des Berliner Theaterlebens bildet, mit Recht zu den beliebtesten Gaben unsres Theaterspielplans

Egal legal!^x

Schüsse machen, Messer stechen.
Köpfe rollen, Hälse brechen.
Donnerbraus und Wogenprall,
doch legal auf jeden Fall.

Putsche putschen, Bürger schlafen,
täglich regnet's Todesstrafen,
Freiheit, Glück und Pulverknall,
doch legal auf jeden Fall!

Mord und Totschlag für Proleten,
alles wird zu Mus getreten,
ja, man tut es überall....
doch in jedem Fall legal!

Auch die Herren Reichsanwälte
glauben nicht an Hinterhälte,
nur an einen Faschingsball,
doch legal auf jeden Fall.

Arme deutsche Republike,
man sitzt dir schon im Genicke,
Hitler Heil und Pulverknall....
Doch legal auf jeden Fall!

Alfred Thieme.

SPD. Der falsche Spartakist.^x Der "Vorwärts" war im Januar 1918 von Spartakus besetzt. Einer der Redakteure kommt vom vierten Hofe des Gebäudes und überlegt sich eben, wie er unverprügelt an den Spartakuswachen vorbei auf die Strasse gelangen könne. Da stürzt der Spartakustheoretiker Dr. Dunker in wehen der Pelerine, mit freudig gesträubtem Robbenbart, von der Lindenstrasse her ind. "Vorwärts"-Haus. Den Redakteur im zweiten Hofe sehend und ihn für einen Spartakisten halten, war eins. Stürmische Umarmung und begeisterter Glückwunsch: "Das habt Ihr herrlich gemacht, Jungs!" In Dunkers Begleitung für einen Spartakisten gehalten, verlässt der "Vorwärts"-Redakteur dann unbehelligt das Haus.

SPD. Edison am Sternenhimmel.^x Der Name des kürzlich verstorbenen grossen amerikanischen Erfinders Thomas Alva Edison ist nun auch am Sternenhimmel für alle Zeiten verewigt. Der im Jahre 1913 von dem Astronomen F.Kaiser aufgefundene kleine Planet Nr.742, der zum Schwarme der zwischen Mars und Jupiter kreisenden Planetoiden gehört, wurde vom Entdecker zu Ehren und zur Erinnerung an den grossen Erfinder "Edisona" benannt.